

Zur Relevanz
der christlichen Soziallehre
in der Gegenwart

Update einer Gesellschaft, die um Orientierung ringt

Hermann Kues

Die Reformdebatte in Deutschland greift zu kurz. Ökonomische und soziale Gesichtspunkte werden viel zu häufig als Gegensätze gesehen. Eine falsche Alternative tut sich auf: zwischen der reinen Ellenbogengesellschaft auf der einen Seite und dem sozialen Versorgungsstaat auf der anderen. Dabei ist unstrittig, dass die Gründer der Sozialen Marktwirtschaft wirtschaftliche Prosperität ebenso anstrebten wie eine menschenwürdige Lebenswelt für alle, auch für die Schwächeren. Wenn die Politik ihr Erbe weiterentwickeln und zukunftsfähig machen will, braucht sie einen verlässlichen, alltagstauglichen Kompass.

Ein solcher Kompass ist die christliche Soziallehre. Ihre zentralen Bausteine sind ein Menschenbild, das die für sich selbst verantwortliche Person in den Mittelpunkt rückt, und ein Gesellschaftsbild, das nicht auf den übermächtigen, alles regelnden „Vater Staat“ setzt, sondern auf eine Kultur des Gemeinsinns und der Solidarität. Der Mensch ist zur Freiheit berufen, aber ebenso auf Gemeinschaft angelegt, das heißt, er ist ergänzungsfähig, aber auch ergänzungsbedürftig. Die katholische Soziallehre und ihr Pendant – die evangelische Sozialethik – sind also hochaktuell. Wer in ihnen nur die – übrigens verspätete – Kritik am Manchester-Kapitalismus und die christliche Antwort auf die Arbeiterfrage des neunzehnten Jahrhunderts sieht, wird sie für ein Relikt vergangener Zeiten halten. Zu Unrecht. Erst seit einigen Monaten liegt der „Sozialalkatethismus“ der katholischen Kirche

in deutscher Sprache vor. Er ist keine Handlungsanweisung, sondern eine „Baustelle“, auf der immer weiter gearbeitet werden muss.

Christlich orientierte Politik ist nicht ideologisch verengt, sondern pragmatisch. Sie findet allerdings in der christlichen Soziallehre Leitplanken: Verantwortung, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität. Die geben die Richtung an und dürfen nicht ungestraft aus dem Wege geräumt werden, beschneiden aber nicht die Freiheit, den Sozialstaat neu zu vermessen. Die gegenwärtig nötigen Reformen tun weh. Wer die Soziallehre lediglich als Instrument zur Bewahrung der lieb gewordenen alten Zustände nutzt, ohne die Frage zu stellen, ob die bestehenden Zustände dem Anspruch genügen, „gerecht“ zu sein, missbraucht sie.

Schon 1998 ist ein Schlüsselbegriff der aktuellen Debatte, die „Beteiligungsgerichtigkeit“, durch ein vom Hildesheimer Bischof Josef Homeyer angeregtes Memorandum in die Diskussion gebracht, damals aber noch kaum in seiner Bedeutung erkannt worden. Wer der christlichen Soziallehre vorwirft, sie liege derzeit in einem Dornröschenschlaf und habe keinen eigenen Beitrag zur Entwicklung der solidarischen Leistungsgesellschaft zu leisten, unterschätzt ihr Potenzial. Er bedauert vielleicht zu Recht, dass zu viele ihrer wissenschaftlichen Vertreter es zu wenig schaffen, Prinzipien auf aktuelle Fragestellungen und damit pragmatisch anzuwenden.

Wesentlichen Anteil an der Werteentwicklung und Aktualisierung hat der verstorbene Papst Johannes Paul II. Seine Enzyklika *Centesimus annus* (1991) ist als späte Versöhnung der katholischen Kirche mit der Sozialen Marktwirtschaft Erhard'scher Prägung ein Meilenstein. Den freien Markt erklärt sie zum „wirksamsten Instrument für den Einsatz der Ressourcen und für die beste Befriedigung der Bedürfnisse“. Sie bekennt sich zu Privateigentum und Wettbewerb und erteilt dem Versorgungsstaat eine deutliche Absage. Er bedeute, so ist da zu lesen, Verlust an menschlicher Energie, Aufblähungen des Staatsapparates, ungebremste bürokratische Logik und eine ungeheure Verschwendungen. Das sind deutliche und völlig zutreffende Beschreibungen, wenn man bedenkt, dass ein aktuelles Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft und des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts davon ausgeht, dass allein durch den Abbau von Regeln und Vorschriften in Deutschland mittelfristig mehr als vier Millionen Arbeitsplätze neu geschaffen werden können.

Beteiligung statt Versorgung

Bei der Neuvermessung des Sozialstaates schiebt sich die Bildungsfrage in den Vordergrund. Fast zehn Prozent der Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss und haben anschließend kaum Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz. Siebenundzwanzig Prozent der Arbeitslosen verfügen über keine Berufskvalifikation. Zwölf Prozent der erfolgreichen Hauptschüler gehen direkt in die Arbeitslosigkeit. Dagegen tragen Hochschulabsolventen immer noch ein deutlich geringeres Risiko: Nur fünf Prozent der Arbeitslosen sind Akademikerinnen und Akademiker.

Es gibt in Deutschland, wie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken schreibt, einen Teufelskreis: Wer arm ist, erwirbt weniger Bildung. Wer keine

(Aus-)Bildung hat, bekommt keinen Beruf. Wer keinen Beruf hat, gibt diesen sozialen Nachteil an seine Kinder weiter. Bildungsarmut wird vererbt.

Vor diesem Hintergrund muss soziale Gerechtigkeit neu definiert werden. Lange galt das so genannte „Differenzprinzip“ von John Rawls als tragfähig, nach dem die Ungleichheit bei der Verteilung materieller Güter so lange als gerecht anzusehen und zu tolerieren ist, als diese Ungleichheit über höhere Anreize für Produktion und Innovation immer noch den am stärksten Benachteiligten zugute kommt. Es ist klar, dass diese Formel im Einzelfall hoch umstritten ist. Den „Liberalen“ ist sie immer noch zu „egalitaristisch“. Diejenigen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, werden im Differenzprinzip nicht mehr als eine ideologische Legitimation von letztlich ungerechtfertigten Ungleichheiten sehen.

Das Memorandum „Mehr Beteiligungsgerechtigkeit“ hat ein zukunftweisendes Programm vorgelegt. Es kritisiert die Überbetonung der Verteilungsgerechtigkeit, weil sie Menschen in die heute viel diskutierten Arbeitslosigkeits- und Sozialhilfesfallen führen und einer selbstbewussten Nutzung ihrer Freiheitsrechte entwöhnen kann. Soziale Transferzahlungen führen also, so die Argumentation, tendenziell nicht zu mehr Gerechtigkeit, wenn sie nicht gleichzeitig die Empfänger wieder in die Lage versetzen, ein eigenständiges und eigenverantwortliches Leben zu führen. Sie müssen deshalb so ausgestaltet werden, dass sie nicht entmündigen, sondern mehr Eigenverantwortung ermöglichen und fordern.

Dabei wird die gerechtere Verteilung von Bildungschancen zur entscheidenden „sozialen Frage“ des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Wer gut qualifiziert ist, hat bessere Chancen. Wer sich auf den Märkten orientieren kann, wird auch als Käufer und Konsument seine Interessen besser wahrnehmen. Zusätzlich gibt es

eindeutige Zusammenhänge zwischen Bildung und Gesundheit, Bildung und Alltagsbewältigung, Bildung und Integration beziehungsweise Bildung und Umgang mit Fremden. Schließlich ist auch der demokratische Staat darauf angewiesen, dass gut gebildete, gut informierte und kritisch denkende Bürgerinnen und Bürger sich engagieren.

Vorsorgende Investitionen in gute Ausbildung und Bildung dürften langfristig manche (sicherlich nicht alle) nachsorgenden sozialpolitischen Ausgaben für Arbeitslose, Kranke, ältere Menschen senken oder gar überflüssig machen. So kommt Bildung nicht nur den Gebildeten selbst zugute, sondern hat einen hohen politischen Nutzen.

Zusammengefasst: Gerechtigkeit ist heute vorrangig – wenn auch nicht ausschließlich – Beteiligungs- und Bildungsgerechtigkeit. Es gilt diesen Impuls, der aus dem christlichen Sozialdenken kommt, aufzugreifen und in praktische Politik umzumünzen. Die Einbeziehung des Kindergartens in die Bildungskette, die gezielte Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund, der Abbau sozial verursachter Bildungsungleichheit durch familienunterstützende Frühwarnsysteme sind dazu wesentliche Schritte.

Eigenverantwortung und Gemeinsinn

Die schlichteste Umschreibung des Gemeinwohls besagt, dem Einzelnen könne es nur dann gut gehen, wenn es auch der Gemeinschaft gut gehe. Vor diesem Hintergrund befindet sich die bundesrepublikanische Gesellschaft in prekärer Lage. Ihr demografischer Aufbau ist aus den Fugen geraten. Wilfrid Schreiber, der Vater des Schreiber-Plans zur dynamischen Altersrente, hat schon 1957 prophetisch vorausgesehen, dass die Sicherheit des Rentenbezuges im Alter davon abhängt, „ob ein Volk ein gesundes

Wachstum hat oder ob es vergeist und schrumpft. In einem schrumpfenden Volk wird die Sorge um die Alten immer schwerer und schließlich unmöglich.“

Genau das ist die aktuelle Situation. Die Zahl der unter Zwanzigjährigen geht von derzeit siebzehn Millionen auf zwölf Millionen im Jahre 2050 zurück. Die Hälfte der Bevölkerung wird in vierzig Jahren älter als fünfzig Jahre sein, mehr als ein Drittel sogar älter als sechzig Jahre. Schon im Jahre 2035 wird Deutschland die weltweit älteste Bevölkerung haben.

Die damit verbundenen Herausforderungen sind nicht zu bewältigen, solange wir uns in der von Lothar Roos so genannten „etatistischen Falle“ befinden. Immer noch sehen viele die zentralen Problemfälle des Lebens und sogar Erziehung und Bildung der Kinder in erster Linie als Aufgabe des für alles zuständigen und alles regulierenden Staates.

Ein Mentalitätswandel ist nötig. Die kommende Gesellschaft wird weniger eine Arbeits- denn eine Tätigkeitsgesellschaft sein. Seit 1991 ist der Anteil der Beschäftigten von vierundvierzig Prozent auf neununddreißig Prozent der Bundesbürger zurückgegangen. Zukunftsforscher wie Horst W. Opaschowski gehen davon aus, dass zukünftig bürgerschaftliches Engagement, Nachbarschaftshilfe, freiwillige Dienste gleichrangig neben der bezahlten Arbeit stehen werden. „Die Spaßgesellschaft ist tot, und auch die Müßigesellschaft wird es nicht geben“, sagt Opaschowski. Es kommt die Tätigkeitsgesellschaft. Aber werden die Menschen diesen Paradigmenwechsel mitmachen?

Politische Anreize für mehr bürgerschaftliches Engagement sind sicher notwendig, aber sie würden ins Leere gehen, wenn sie sich nicht mit einer elementaren menschlichen Konstitution träfen. „Kein Ich ohne Wir“ – so lässt sich das Solidaritätsprinzip der christlichen Soziallehre kurz fassen, und das besagt: Der Mensch ist nicht nur am Anfang des Lebens als hilf-

los schreiender Säugling, sondern bis zum Ende seiner Tage auf Gemeinschaft hin angelegt. Solidarität zwischen Jungen und Alten, zwischen Gesunden und Kranken und sogar zwischen den heute Lebenden und der zukünftigen Generation sind ihm nicht fremd. Sie machen im Gegenteil sein Wesen aus. Ein Blick in die imponierende Ehrenamtsstatistik weist aus, dass dies keine weltfremde Philosophie ist, sondern durchaus „harte“ Realität. Rund ein Drittel aller Deutschen ist ehrenamtlich tätig. Ein weiteres Drittel ist grundsätzlich zu freiwilligem Engagement bereit, befindet sich also sozusagen in einer „Warteschleife“. Wobei solche Ehrenämter bevorzugt gewählt werden, in denen sich direktes soziales Engagement, „Dienst am Nächsten“, verwirklichen lässt. Die Hospizbewegung ist eines der imponierendsten Beispiele dafür, aber nicht das einzige. Jüngste Umfragen zeigen, dass mehr als achtzig Prozent der Deutschen Erziehungsziele befürworten, die sich eng an christlichen altruistischen Grundwerten orientieren: Nächstenliebe, Gewissensbildung, Wohltätigkeit stehen hoch im Kurs. Selbst diejenigen, die den Kirchen fern stehen, setzen Hoffnungen in die christliche Wertevermittlung: Sechsundfünfzig Prozent von ihnen und siebenundsiebzig Prozent der insgesamt Befragten wünschen eine stärkere Rolle christlicher Wertvorstellungen im gesellschaftlichen Leben und in der Politik.

Für die praktische Politik ist der Rückgriff auf das christliche Menschenbild von elementarer Bedeutung. Hinter jedem politischen Vorschlag verbirgt sich – ausgesprochen oder auch nicht – eine konkrete Vorstellung davon, wie der Mensch ist. Sie bildet den roten Faden für politisches Handeln. Der Hinweis, man strebe eine „moderne Politik“ an, ist also inhaltsleer und steht eher für ein technokratisches Politikverständnis.

Christliche Politik hält den Menschen für fähig, Verantwortung zu übernehmen

und wertbezogen zu handeln. Wer sich für Kinder, für die dauerhafte Partnerschaft, für die Pflege der Angehörigen entscheidet, tut das nicht nur aus Nützlichkeitserwägungen, sondern immer auf Grund einer Wertentscheidung. Wenn Menschen, wie es der Erfurter Soziologe Hans Joas formuliert, von Werten ergriffen werden, dann bedeutet das für sie trotz äußerer Einschränkungen keine Beschränkung ihrer Freiheit, sondern paradoxerweise ihre Erweiterung. Ihre Lebensperspektive ändert sich. Über viele Jahre war der berühmte Satz aus J. F. Kennedys erster Ansprache als amerikanischer Präsident „Frag nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frage, was du für dein Land tun kannst“ in Deutschland nicht hoffähig, weil er einem verbreiteten individualistischen Menschenbild widersprach. Heute ahnen wir wieder stärker, was gemeint war: Wertbindung ist menschlich. Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe christlicher Politik, diejenigen zu unterstützen, die sozial engagiert und leistungsbereit sind und sich nicht in Hedonismus, Pessimismus und Häme zurückziehen. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel ist für ihr Wahlkampfmotto, sie wolle Deutschland dienen, oft geschmäht worden. Aber was war daran eigentlich falsch?

Der Wert „Familie“

Die Betonung der Familie als „Trägerin der Kultur des Lebens“ in der katholischen Soziallehre war in den letzten dreißig Jahren in Deutschland durchaus umstritten. Alternative Lebensmodelle standen höher im Kurs, das „Ende der Familie“ wurde auf Grund der Individualisierungs- und Emanzipationsprozesse prognostiziert. Im „ganz normalen Chaos der Liebe“ müsse, so die gängige Devise der achtziger Jahre, jeder und jede den eigenen Weg finden. Überkommene Familienmodelle seien dabei eher hinderlich als förderlich.

Seltsamerweise findet das christliche Familienmodell aktuell von anderer Seite eindrucksvolle Bestätigung. Schon heute werden neunundzwanzig Prozent der Nicht-Erwerbstätigen von der eigenen Familie und ihren Angehörigen unterstützt. (Dreiundzwanzig Prozent beziehen Rente, acht Prozent bekommen Sozial- und Arbeitslosenhilfe.) Achtzig Prozent aller Kinder wachsen bei ihren miteinander verheirateten und zusammenlebenden Eltern, also in der klassischen Familienform, auf. Horst Opaschowski sagt voraus, die Familie werde die vitalste Institution der zukünftigen Gesellschaft sein: „Sie übernimmt die Funktion einer Vollversicherung. Wenn alle Stricke reißen, ist die Familie immer noch da. Sie bleibt auch in Zukunft billig und barmherzig. Schon heute lebt bald jeder dritte Bundesbürger ausschließlich von Familienzuschüssen.“

Natürlich muss vor einem mit viel Pathos überhöhten Familienideal gewarnt werden. Es taugt nicht für die praktische Politik und verstellt eher den Blick für die tatsächlichen Herausforderungen. Familienpolitik muss sich an der Lebenswirklichkeit orientieren, nicht an Wunschkonzepten, die gelegentlich auch aus der katholischen Kirche zu hören sind. Dabei geht es um die Lebenswirklichkeit der Söhne und Töchter, nicht der Väter und Mütter, und nicht der Großväter und Großmütter.

Die falsche Alternative „Kind oder berufliche Laufbahn“ erweist sich immer noch als die entscheidende Barriere bei der Familiengründung. Um sie zu überwinden, sind gezielte Schritte notwendig vom Elterngeld zum Ausgleich des Einkommensverlustes bis zu den Mehrgenerationenhäusern als Ersatz für fehlende Großfamilien. Dies ist das eine, der nötige Bewusstseinswandel aber das andere. Er reicht mittlerweile bis in Unternehmen, die erkannt haben, dass die Familie der einzige plausible Ort ist, an dem Werte

wachsen. Wo, wenn nicht hier, können Menschen die sozialen Grundfähigkeiten lernen, die sie ihr Leben lang brauchen werden und die ihnen helfen, in einer veränderten Welt klarzukommen?

Wer so argumentiert, übersieht leicht, dass er die Grundüberzeugungen der christlichen Soziallehre vertritt. Deren Sprache ist oft – leider – nicht *up to date*. Wenn es da heißt, im Schoße der Familie empfange der Mensch „die entscheidenden Anfangsgründe über die Wahrheit und das Gute“, so trifft das nicht den Nerv moderner Begrifflichkeiten, bleibt aber trotzdem richtig und aktuell.

Christliche Soziallehre und Politik

Joachim Gauck hat immer wieder darauf verwiesen, dass die Demokratie nicht von den Rändern her gefährdet ist, sondern von der Mitte. Dort bestimmen die Ideologien das Denken, hier herrschen oft Gleichgültigkeit und Lethargie, die sich aber langfristig verheerender auswirken können. Die politische Mitte braucht deshalb die christliche Soziallehre als einen Bezugsrahmen, der Mut zu Reformen macht. Denn wir befinden uns im Zwiespalt. Einerseits fordern weite Teile der Bevölkerung Reformen, andererseits ist der Reformeifer schnell am Ende, wenn er persönliche Besitzstände tangiert. Wir rufen nach einem einfachen Steuersystem und fordern gleichzeitig Einzelfallgerechtigkeit, ohne uns über den Widerspruch klar zu werden.

Der nötige Mentalitätswandel ist nur möglich, wenn Menschen ein positives Leitbild haben. In der christlichen Soziallehre mit ihren vier Säulen der Verantwortung des Einzelnen für sich selbst, für die Mitmenschen, für das Gemeinwesen und für die zukünftige Generation liegt es vor. Aufgabe christlicher Politik ist es auch, die Menschen für dieses Leitbild zu gewinnen. Nur dann wird der Aufbau einer solidarischen Leistungsgesellschaft glücken!